

**Erschienen in:** Zeitschrift für Parlamentsfragen 35, 2004, 99-112.

Wechselwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland: Politisch versierte Wähler oder politische Ignoranten?

Harald Schoen

**Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.**

Zusammenfassung

Der Beitrag geht der Frage nach, inwieweit sich Wechselwähler in den USA, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland in der politischen Versiertheit von den Stammwählern unterscheiden. Empirisch können durchaus statistisch signifikante Unterschiede nachgewiesen werden, die die deutschen Wechsler eher als kompetenter als ihre stabil wählenden Pendanten erscheinen ließen, während für die amerikanischen und britischen Wechselwähler eher das Gegenteil gilt. Da sämtliche gemessenen Unterschiede praktisch jedoch kaum ins Gewicht fallen, kann man davon ausgehen, dass sich parteitreue und wechselhaft wählende Bürger in punkto politischer Kompetenz nicht unterscheiden. Wechselwähler taugen also weder als Hoffnungsträger für den demokratischen Wettbewerb, noch ist in ihnen eine ernsthafte Gefahr für eine niveauvolle politische Debatte zu sehen.

## 1. Einleitung

Wechselwähler sind ein bewegliches und bewegendes Element in der repräsentativen Demokratie. Sie entziehen einer Partei ihre Stimme und geben sie einer anderen, so dass sie einer Seite einen Schaden zufügen und gleichzeitig einer anderen einen Gewinn bescheren; ihre Stimmen fallen somit gleichsam doppelt ins Gewicht.<sup>1</sup> Daher kann eine Partei, so es ihr gelingt, Wechselwähler zu werben, im Wettbewerb mit ihrer Konkurrenz mehr Boden gutmachen, als wenn sie erstmals Wahlberechtigte oder ehemalige Nichtwähler für sich gewinnt oder ihre bisherigen Wähler mobilisiert. Die resultierende strategische Position der Wechselwähler im politischen Wettbewerb läßt es für die parteipolitischen Eliten ausgesprochen attraktiv erscheinen, verstärkt um dieses Wählersegment zu werben. Sinnvollerweise werden sie sich dazu vor allem solcher Argumente bedienen, die sie für wechselwählerwirksam hält. Deshalb treten Anliegen und Argumente, die Wähler zum Wechsel bewegen oder von ihm abhalten können, in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung. Die Wechsler können somit die Themen und den Stil der Auseinandersetzung auf Seiten der politischen Elite nachhaltig beeinflussen.

Für das inhaltliche Niveau der politischen Eliteauseinandersetzung kann daher die Fähigkeit der Wechselwähler, kompetent mit politischen Fragen umzugehen und eigenständig fundierte politische Urteile zu entwickeln, eine wichtige Rolle spielen. Denn Parteiwechsler könnten, so sie denn im Vergleich zum übrigen Elektorat politisch kompetenter wären, Parteien und Kandidaten dazu bewegen, stärker auf fundierte Argumente und weniger auf simple Propagandaschlagworte zu setzen, als es für Stammwähler nötig schiene. Ebenso gut, das ist die Kehrseite der Medaille, können politisch vergleichsweise unbedarfte Wechsler die politische Elite aber auch zu einem verstärkten Wettbewerb mit oberflächlichen Parolen veranlassen.<sup>2</sup> Von der relativen politischen Versiertheit der Wechselwähler hängt es demnach ab, ob sich die Wechselwähler als Hoffnungsträger oder als Hypothek für den demokratischen Wettbewerb erweisen.

Der vorliegende Beitrag geht daher der Frage nach, wie es empirisch um die politische Versiertheit der Parteiwechsler bestellt ist. Erweisen sie sich als ‚Wählerelite‘, die die parteipolitischen Eliten anhält, sich möglichst mit fundierten Argumenten auseinanderzusetzen? Oder

---

<sup>1</sup> Vgl. Angus Campbell/Gerald Gurin/Warren E. Miller, Political Issues and the Vote: November, 1952, in: American Political Science Review, 47. Jg. (1953), S. 369, Richard W. Boyd, Electoral Change in the United States and Great Britain, in: British Journal of Political Science, 15. Jg. (1985), S. 517ff.

<sup>2</sup> Vgl. etwa Viggo Blücher, Der Prozeß der Meinungsbildung dargestellt am Beispiel der Bundestagswahl 1961, 2. Auflage, Bielefeld 1962, S. 119, Richard Stöss, Stabilität im Umbruch, Opladen 1997, S. 16f.

handelt es sich um „politische Analphabeten“<sup>3</sup>, die sich leicht mit populistischen Schlagworten gewinnen lassen und daher an Parteien und Kandidaten das Signal aussenden, den politischen Wettbewerb nicht auf einem hohen Niveau austragen zu müssen, um die strategisch zentralen Wechselwähler zu gewinnen? Und hat sich daran über die Zeit etwas geändert, ob zum Positiven oder zum Negativen? Diese Fragen sollen für drei wichtige westliche Demokratien, die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, geklärt werden. Dazu werden zunächst auf der Basis vorliegender Analysen theoretische Erwartungen formuliert. Nach einer knappen Beschreibung der verwendeten Daten und Operationalisierungen werden die empirischen Befunde zur politischen Versiertheit der Wechselwähler in den drei Ländern dargestellt. Abschließend werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst und diskutiert.

## 2. Theoretische Überlegungen auf der Grundlage des Forschungsstandes

Wechselwählern wird eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung zugeschrieben. Daher wächst ihrer politischen Versiertheit, verstanden als Fähigkeit, mit politischen Fragen kompetent umzugehen und eigenständig zu fundierten Urteilen zu gelangen, eine erhebliche Bedeutung für die Funktionsweise des demokratischen Wettbewerbs zu. Vor diesem Hintergrund kann es nicht erstaunen, dass das Urteilsvermögen der Wechselwähler in den betrachteten Ländern, den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion geworden ist. Daher könnte man sich eine befriedigende Antwort auf die Fragen nach der relativen politischen Versiertheit der Wechselwähler und deren Entwicklung über die Zeit von einem Blick in das einschlägige Schrifttum versprechen.

Die britische Literatur betrachtete die Wechselwähler anfangs mit einer gehörigen Portion Skepsis und sah in ihnen Bürger, die besonders leicht mit haltlosen Versprechen gewonnen werden könnten und daher eine Gefahr für das politische System darstellten.<sup>4</sup> Empirische Untersuchungen bestätigten diese pessimistische Sichtweise nicht. Vielmehr arbeiteten sie vor allem die Ähnlichkeiten zwischen Stamm- und Wechselwählern heraus, die sie zunächst in erster Linie in soziodemographischer Hinsicht, später auch im Hinblick auf politische Einstellungen, politisches Wissen und Kommunikationsgewohnheiten nachwiesen.<sup>5</sup> In jüngerer Zeit

---

<sup>3</sup> Dieter Grosser, ‚Die Wechselwähler‘ – kritische Staatsbürger oder politische Analphabeten?, in: Gegenwartskunde, 18. Jg. (1969), S. 17.

<sup>4</sup> Vgl. Ramsay Muir, *How Britain is Governed*, London 1930, S. 161f., W. Ivor Jennings, *The British Constitution*, Cambridge 1945, S. 45f., 214f.,

<sup>5</sup> Vgl. Robert S. Milne/Hugh C. Mackenzie, *Straight Fight. A study of voting behaviour in the constituency of Bristol North-East at the General Election 1951*, London 1954, S. 46ff. Robert S. Milne/Hugh C. Mackenzie,

wendete sich das Blatt noch ein wenig stärker zum Positiven, da die Literatur die relative Unvoreingenommenheit der Wechselwähler gegenüber den Parteien belegte und wechselndes Wahlverhalten als eine Form sachfragenorientierten Wahlverhaltens interpretierte, und zwar als negatives issue-voting: Die Wechselwahl lasse sich weniger als bewusste Entscheidung für die gewählte Partei verstehen, sondern eher als kalkulierter Vertrauensentzug gegenüber der verlassenen Partei.<sup>6</sup>

Auch in den USA folgte die Diskussion zunächst einem pessimistischen Leitmotiv. Formuliert wurde es mit der so genannten floating vote-These, nach der sich die Wechselwähler kaum für Politik interessierten und bei der Stimmabgabe kaum an politischen Sachfragen orientierten, sondern sich vor allem von persönlichen Kontakten beeinflussen ließen.<sup>7</sup> Nachdem die Forschung immer wieder in diese Kerbe geschlagen hatte,<sup>8</sup> sah sich Elcock sogar bemüht, die Frage zu stellen, ob es sich bei den Wechselwählern um ein „politisches Lumpenproletariat“<sup>9</sup> handele.

Dieser negative Tenor blieb indes nicht ohne Widerspruch. Daudt zeigte in den frühen Arbeiten, die die klassische floating vote-These stützten, eine Reihe von Ungereimtheiten auf und erschütterte damit die negative Lesart.<sup>10</sup> Key wendete Daudts Kritik ins Positive, indem er für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen zwischen 1936 und 1960 nachwies, dass die Wechsler zwar weder besser gebildet noch politisch informierter als die Stammwähler waren,<sup>11</sup> sich aber beim Stimmverhalten von Issueorientierungen leiten zu lassen schienen: Sie kehrten jener Partei den Rücken, deren Positionen ihnen nicht mehr behagten, um sich jener zuzuwenden, deren Leistung und Programme ihnen zusagten.<sup>12</sup> Daher könnten die Wechselwähler gleichsam als Inkarnation des idealtypisch sachlich abwägenden Stimmbürgers gelten; und es schien nahe liegend, von den Wechslern eher einen positiven Einfluss auf den politischen Wettbewerb zu erwarten. Die Erwartung jedoch, nach der Formulierung der beiden Extrempositionen werde eine ebenso lebhafte wie fruchtbare Diskussion über die Wechsel-

---

Marginal Seat, London 1958, S. 86, R.J. Benewick/A.H. Birch/J.G. Blumler/Alison Ewbank, *The Floating Voter and the Liberal View of Representation*, in: *Political Studies*, 17. Jg. (1969), S. 190ff.

<sup>6</sup> Vgl. Bo Särilvik/Ivor Crewe, *Decade of Dealignment*, Cambridge 1983, S. 43ff., 248ff., 322ff., Ivor Crewe, *How to Win a Landslide without Really Trying: Why the Conservatives Won in 1983*, in: Austin Ranney (Hrsg.), *Britain at the Polls 1983*, Durham 1985, S. 174ff., Hilde T. Himmelweit/Patrick Humphreys/Marianne Jaeger, *How Voters Decide*, 2. Auflage, Milton Keynes 1985, S. 96ff.

<sup>7</sup> Vgl. Paul F. Lazarsfeld/Bernard R. Berelson/Hazel Gaudet, *The People's Choice*, New York 1944, S. 67ff.; siehe auch Bernard R. Berelson/Paul F. Lazarsfeld/William N. McPhee, *Voting*, Chicago 1954, S. 138ff.

<sup>8</sup> Siehe Morris Janowitz/Dwaine Marvick, *Competitive Pressure and Democratic Consent*, Ann Arbor 1956, S. 32ff., Philip E. Converse, *Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes*, in: *Public Opinion Quarterly*, 26. Jg. (1962), S. 581.

<sup>9</sup> Howard J. Elcock, *Political Behavior*, London 1976, S. 270.

<sup>10</sup> Vgl. Harry Daudt, *Floating Voters and the Floating Vote*, Leiden 1961, passim.

<sup>11</sup> Vgl. V.O. Key, *The Responsible Electorate*, New York 1966, S. 98ff., 141ff.

<sup>12</sup> Vgl. *ibid.*, S. 55, 58f., 104, 132.

wähler in den USA einsetzen, wurde enttäuscht, da die Forschung die Wechselwähler, vor allem aber deren politische Kompetenz aus den Augen verlor und sie nur noch selten am Rande diskutierte.<sup>13</sup>

Die Diskussion über die Wechselwähler in der Bundesrepublik war zu Beginn von einem Bemühen um ausgewogene Urteile bestimmt.<sup>14</sup> Bald traten jedoch an die Stelle abwägender Einschätzungen klare, zum Teil sogar sehr prononcierte Urteile, ohne dass jedoch ein eindeutiges Gesamtbild resultiert wäre; vielmehr lassen sich zwei grundlegend verschiedene Lesarten ausmachen. Vertreter einer wohlwollenden Interpretation weisen auf ein zumindest tendenziell überdurchschnittliches politisches Interesse<sup>15</sup>, eine vergleichsweise hohe Schulbildung sowie fundierte politische Kenntnisse der Parteiwechsler hin.<sup>16</sup> Häufiger wird angeführt, Wechselwähler bedienten sich genuin „politischer Argumente“<sup>17</sup>; beispielsweise reagierten sie auf politische Ereignisse und votierten relativ stark sachfragenorientiert, wobei sie nicht zuletzt wirtschaftspolitische Kriterien anlegten.<sup>18</sup> Alles in allem zeichneten sich Parteiwechsler durch eine „sachlich-politische Motivation“ aus und könnten deshalb „das politische Spiel vergleichsweise emotionslos und offen spielen“<sup>19</sup>, was dazu führe, dass diese „kritischen Gruppen“ nur mit „politische(r) Anstrengung“<sup>20</sup> zu gewinnen seien. Daher hielten sie, so lässt sich folgern, mit ihrem souveränen Handeln die politische Elite zu einer inhaltlich niveaувollen Auseinandersetzung an.

Gegen diese Interpretation wurden jedoch ernsthafte Einwände vorgebracht. Sie speisen sich aus empirischen Befunden, die zeigen, dass Wechselwähler nur spärlich in die politische Kommunikation eingebunden sind<sup>21</sup>, sich relativ stark an als unpolitisch charakterisierten

---

<sup>13</sup> Siehe etwa Edward C. Dreyer, Media Use and Electoral Choices: Some Political Consequences of Information Exposure, in: Public Opinion Quarterly 35. Jg. (1972), S. 544ff., Theodore F. Macaluso, Parameters of ‚Rational‘ Voting: Vote Switching in the 1968 Election, in: Journal of Politics 37. Jg. (1975), S. 202ff., Johannes T. Pederson, Political Involvement and Partisan Change in Presidential Elections, in: American Journal of Political Science, 22. Jg. (1978), S. 18ff.

<sup>14</sup> Siehe etwa Joachim Raschke, Wahlen und Wahlrecht, Berlin 1965, S. 77.

<sup>15</sup> Vgl. Max Kaase, Wechsel von Parteipräferenzen, Meisenheim am Glan 1967, S. 115ff., Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler, Opladen 1995, S. 146.

<sup>16</sup> Vgl. Kaase, a.a.O., S. 110ff.

<sup>17</sup> Wolf Michael Iwand, Wählerfluktuation in der Bundesrepublik, Wiesbaden 1972, S. 37.

<sup>18</sup> Siehe etwa Kaase, a.a.O., S. 119-126, Hans-Dieter Klingemann/Franz Urban Pappi, Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969, in: Politische Vierteljahresschrift 11. Jg. (1970), S. 120ff., Hans-Dieter Klingemann, West Germany, in: Ivor Crewe/David Denver (Hrsg.), Electoral Change in Western Democracies, London 1985, S. 251, Hans Rattinger/Jürgen Maier, Der Einfluß der Wirtschaftslage auf die Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48, B52, S. 53.

<sup>19</sup> Ute Kort-Krieger, Wechselwähler. Verdrossene Parteien – Routinierte Demokraten. Pfaffenweiler 1994, S. 43.

<sup>20</sup> Ute Kort-Krieger/Jörn W. Mundt, Praxis der Wahlforschung, Frankfurt/Main 1986, S. 93; Hervorhebung im Original.

<sup>21</sup> Vgl. Helmut Norpoth/Kendall L. Baker, Mass Media Use and Electoral Choice in West Germany, in: Comparative Politics 13. Jg. (1980), S. 5-7.

Kandidatenpräferenzen orientieren<sup>22</sup> und über politische Sachfragen nur isoliert, nicht aber in größeren Zusammenhängen und anhand abstrakter Kategorien nachdenken.<sup>23</sup> Noch problematischer erscheinen die Wechselwähler, wenn man Ergebnisse jüngerer Arbeiten ernst nimmt, die als Ursache des Parteiwechsels diffuse ‚Politikverdrossenheit‘ und Protest ausmachen,<sup>24</sup> da diese frustrierten Wähler durchaus ein Reservoir für undemokratische Parteien bilden könnten.

Insgesamt zeichnet die Literatur ein facettenreiches Bild von der politischen Urteilsfähigkeit der Wechselwähler in den drei politischen Systemen. Angesichts der einander zum Teil diametral entgegengesetzten Positionen, entsteht der Eindruck, dass sich die Wechselwähler in jedem der drei Länder nicht über einen Kamm scheren ließen, sondern zum Teil interessiert seien und bewusst abstimmten, aber zum anderen Teil auch wenig involviert und uninformiert seien.<sup>25</sup> Im Ergebnis erweist sich das Porträt von den Wechselwählern als ein buntes Mosaik, das sich vom Bild der Stammwähler nur unwesentlich unterscheidet, so dass Wechsel- und Stammwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland in der politischen Kompetenz – und zwar über die Zeit stabil – einander sehr ähnlich scheinen.

Allerdings ist es problematisch, diese Antwort auf der Basis der vorliegenden Literatur zu akzeptieren. Denn zum einen sind konzeptionelle Schwächen unübersehbar. Besonders augenfällig wird dies daran, dass in die demokratietheoretisch fundierte Diskussion über die politische Kompetenz der Wechselwähler nicht nur Ergebnisse zur politischen Versiertheit eingeflossen sind, sondern auch Befunde zu den Motiven der Wahlentscheidung, wobei sachfragenorientiertes Stimmverhalten als Ausweis politischer Aufgeklärtheit gilt. Bestimmte theoretische Positionen können sachfragenorientiertes Stimmverhalten durchaus als wünschenswert für den demokratischen Prozess erscheinen lassen,<sup>26</sup> doch darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass sachfragenorientiertes Wahlverhalten nicht auf einem sorgfältigen und fundierten Wählerurteil beruhen muss, sondern ebenso gut einer oberflächlichen momentanen Einschätzung entspringen kann. Mit anderen Worten: Wählermotive und politische Versiert-

---

<sup>22</sup> Vgl. Werner Kaltefleiter, Zur Chancengleichheit der Parteien in der Bundesrepublik, in: Ferdinand A. Hermens (Hrsg.), Staat, Wahlrecht und politische Willensbildung in der BRD, Köln 1968, S. 222.

<sup>23</sup> Vgl. Norpoth/Kendall, a.a.O., S. 9f.

<sup>24</sup> Vgl. Alex Jakubowski, Parteienkommunikation in Wahlwerbespots, Opladen 1998, S. 17, Carsten Zelle, Der Wechselwähler, Opladen 1995, S. 190ff., Carsten Zelle, Social dealignment versus political frustration: Contrasting explanations of the floating vote in Germany, in: European Journal of Political Research 27. Jg. (1995), S. 324ff.

<sup>25</sup> Siehe etwa Ivor Crewe, Do Butler and Stokes Really Explain Political Change in Britain?, in: European Journal of Political Research, 2. Jg. (1974), S. 67, Carl R. Bybee/Jack M. McLeod/William D. Luetscher/Gina Garramone, Mass Communication and Voter Volatility, in: Public Opinion Quarterly, 45. Jg. (1981), S. 71.

<sup>26</sup> Die theoretische Grundlage bildet die mandate-Theorie, die mit dem Wahlsieg einer Partei(enkoalition) einen inhaltlichen Regierungsauftrag verbunden sieht. Siehe etwa Peter G. J. Pulzer, Political Representation and Elections in Britain, London 1967, S. 131ff.

heit sind analytisch distinkte Dimensionen und sollten nicht ohne weiteres miteinander vermengt oder in eins gesetzt werden. Zum anderen weisen die verstreuten Einzelanalysen, selbst wenn sie nur die politische Versiertheit im engeren Sinne betrachten, zum Teil erhebliche methodische Mängel auf, die die Validität der Ergebnisse gefährden, und bedienen sich teilweise sehr unterschiedlicher Indikatoren, was internationale und intertemporale Vergleiche erschwert. Daher bildet die vorliegende Literatur keine solide Grundlage für eine Antwort, auf die aufgeworfenen Fragen, sondern kann in erster Linie dazu dienen, für eine systematische Analyse mit standardisierten Instrumenten eine Hypothese zur relativen politischen Kompetenz der Wechselwähler zu entwickeln. Deren Inhalt ist nach dem Gesagten unstrittig: Wechsel- und Stammwähler sollten sich hinsichtlich politischer Kompetenz in den drei betrachteten Ländern zu allen Zeitpunkten kaum voneinander unterscheiden.

Daneben lassen sich stärker theoretisch fundierte Hypothesen zur relativen politischen Versiertheit der Wechselwähler und deren Entwicklung über die Zeit formulieren. Dazu kann man sich des heuristisch wertvollen, wenngleich empirisch nicht ganz zutreffenden Arguments bedienen, wechselndes Wahlverhalten resultiere vor allem aus dem Fehlen einer langfristigen Parteiidentifikation,<sup>27</sup> so dass die Eigenschaften der Wechselwähler *cum grano salis* aus den Charakteristika der Parteilosen abgeleitet werden können. Diese Überlegung lässt sich auf die klassischen Untersuchungen der sozialpsychologischen Michigan-Schule zurückführen, in denen Parteilose im Vergleich zu Parteianhängern politisch wenig involviert und informiert waren und das gleiche für die Wechselwähler im Vergleich zu den Stammwählern galt.<sup>28</sup> Zur theoretischen Fundierung kann man sich auf die klassische Lesart der Parteiidentifikation berufen, nach der eine Person zunächst eine Parteibindung erwirbt, die anschließend politisches Interesse, politische Kenntnisse und Fähigkeiten fördert und zugleich das Wahlverhalten stabilisiert, so dass hohe politische Kompetenz und stabiles Wahlverhalten zusammenfallen. Im Ergebnis ist die politische Versiertheit der Wechselwähler im Vergleich zu jener der Stammwähler eher skeptisch zu beurteilen; und daran sollte sich auch über die Zeit und infolge des Abschmelzens langfristiger Parteibindungen in zahlreichen westlichen Demokratien nichts ändern, da stets die Parteiloyalität der politischen Versiertheit vorausgeht.<sup>29</sup> Diese Annahme revidiert eine jüngere Interpretation der Parteiidentifikation. Sie fasst eine Parteibindung in erster Linie als Instrument zur politischen Komplexitätsreduktion auf, dessen

---

<sup>27</sup> Siehe hierzu Harald Schoen, *Wählerwandel und Wechselwahl*, Wiesbaden 2003, S. 55ff., 155ff.

<sup>28</sup> Vgl. Angus Campbell/Philip E. Converse/Warren E. Miller/Donald E. Stokes, *The American Voter*, New York 1960, S. 142ff., 547.

<sup>29</sup> Siehe etwa Russell J. Dalton, *The Decline of Party Identifications*, in: Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hrsg.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*, Oxford 2000, S. 22ff.

sich vor allem Menschen bedienen, die sich andernfalls in der alltagsfernen Sphäre der Politik nicht orientieren könnten. Verfechter dieser Interpretation führen die in zahlreichen westlichen Demokratien erkennbaren Dealignment-Prozesse vor allem darauf zurück, dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg das Informationsangebot und die kognitiven Fähigkeiten der Bevölkerung deutlich verbessert hätten und die Bürger weniger auf Parteibindungen angewiesen seien.<sup>30</sup> Der Nutzen einer Parteibindung sei aber nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen gesunken; vielmehr seien es gerade die gut gebildeten, politisch interessierten und informierten, kurz: die politisch versierten Bürger, die auf eine Parteiidentifikation verzichten könnten. Dadurch ändere sich die Beziehung zwischen der politischen Kompetenz und der Parteiloyalität: Sei bislang parteipolitische Unabhängigkeit praktisch gleichbedeutend gewesen mit politischem Desinteresse, wachse nun die Gruppe der „Neuen Parteilosen“<sup>31</sup>, die parteipolitische Neutralität mit politischer Versiertheit kombinierten. Im Ergebnis nähere sich das Kompetenzprofil der parteipolitisch Unabhängigen jenem der Parteianhänger an, ja, es sei sogar möglich, dass die Parteilosen die Parteianhänger überholten und sich damit die Relation zwischen beiden Gruppen umkehre. Rekrutieren sich die Wechselwähler aus dem Reservoir der parteilich schwach oder nicht gebundenen Bürger, führt eine Erosion der Parteibindungen konsequenterweise dazu, dass die Wechselwähler ihren Rückstand in punkto politischer Versiertheit zu den Stammwählern verringern, sie einholen und sie womöglich sogar überflügeln können. Kurzum, der apolitische Wechselwähler wird mehr und mehr vom politisch bewussten „modernen Wechselwähler“<sup>32</sup> abgelöst, so dass sich der reale politische Wettbewerb den Wunschvorstellungen mancher politischer Theoretiker annäherte.<sup>33</sup>

Damit liegen insgesamt drei Vermutungen über die relative politische Kompetenz der Wechselwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland vor. Die bruchstückhafte empirische Evidenz aus der vorliegenden Literatur spricht durchweg für keine allzu großen Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern. Die zweite Hypothese geht dagegen von einer durchgängig unterdurchschnittlichen politischen Versiertheit der Wechselwähler aus. Die dritte, in der funktionalen Interpretation von Parteibindungen wurzelnde Erwartung sieht schließlich die relative politische Kompetenz der Parteilosen und damit der Wechselwähler anwachsen, so dass im Laufe der Zeit die Wechselwähler im Vergleich zu den

---

<sup>30</sup> Vgl. auch zum Folgenden Russell J. Dalton, Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *Journal of Politics*, 46. Jg. (1984), S. 264ff.

<sup>31</sup> Rüdiger Schmitt-Beck/Peter R. Schrott, Dealignment durch Massenmedien? Zur These der Abschwächung der Parteibindungen als Folge der Medienexpansion, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1990*, Opladen 1994, S. 545.

<sup>32</sup> Zelle, a.a.O., 1995, S. 165.

<sup>33</sup> Siehe Klingemann, a.a.O., S. 253, Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg, Partisan Change and the Democratic Process, in: Russell J. Dalton/Martin P. Wattenberg (Hrsg.), *Parties without Partisans*, Oxford 2000, S. 278.



Stammwählern Boden gutmachen und sie womöglich sogar übertreffen sollten. Diese drei Hypothesen bilden die Grundlage für die folgende empirische Analyse.

### 3. Daten und Operationalisierungen

Um zu prüfen, ob und welche der drei Vermutungen zutrifft, werden die Wechselwähler bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1960 bis 2000, britischen Unterhauswahlen 1964 bis 2001 sowie zu Bundestagswahlen in Westdeutschland von 1972 bis 2002 untersucht.<sup>34</sup> Als Datengrundlage dienen die jeweiligen nationalen Wahlumfragen (siehe Details im Anhang). Da es sich dabei um Querschnitterhebungen handelt, muss die Recall-Operationalisierung der Wechselwahl verwendet werden: Ob jemand Wechsel- oder Stammwähler ist, wird daher gemessen, indem die Auskünfte einer Person aus einem einzigen Interview über ihr aktuelles Stimmverhalten und ihre Stimmabgabe bei der zurückliegenden Wahl gleichen Typs verglichen werden. Diese Methode ist wegen Rückerinnerungsproblemen und der Simultaneität der Erhebung aktueller und zurückliegender Parteipräferenzen fehlerbehaftet<sup>35</sup> und kann prinzipiell auch zu falschen Schlussfolgerungen über die relative politische Versiertheit der Wechselwähler führen.<sup>36</sup> Da in Validierungsanalysen gezeigt werden konnte, dass in den drei betrachteten Ländern die Operationalisierung der Wechselwahl die Befunde zur relativen politischen Kompetenz der Wechselwähler nicht beeinträchtigen,<sup>37</sup> können die weiteren Analysen jedoch ohne größere Bedenken mit der Recalloperationalisierung der Wechselwahl durchgeführt werden.

Politisch fallen nicht alle Parteiwechsel gleichermaßen schwer ins Gewicht, da sie die zentrale Funktion von Wahlen, nämlich die Zuweisung von Regierungsmacht, in unterschiedlichem Maße berühren. Daher werden zum einen sämtliche Wechsel- und Stammwähler einander gegenübergestellt, zum anderen unter dem Gesichtspunkt der Machtzuweisung unterschiedlich relevante Subgruppen von Wechselwählern separat betrachtet. In den USA und in Großbritannien stellen traditionell nur die beiden großen Parteien die Regierung, so dass vor allem die Wechsel zwischen Demokraten und Republikanern bzw. Labour Party und Conservative Party für die Machtzuweisung von Bedeutung sind. Alle anderen Wechsel, etwa von einer

---

<sup>34</sup> In den USA kann die Präsidentschaftswahl 1984 nicht berücksichtigt werden, da keine geeigneten Daten vorliegen, um die Stabilität des Wahlverhaltens zu messen. In der Bundesrepublik wird aus Gründen der Vergleichbarkeit durchgängig nur Westdeutschland betrachtet.

<sup>35</sup> Vgl. Harald Schoen, Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: Jan van Deth/Hans Rattinger/Edeltraud Roller (Hrsg.), *Die Republik auf dem Weg zur Normalität?*, Opladen 2000, 199ff.

<sup>36</sup> Vgl. Jürgen W. Falter/Harald Schoen, Wechselwähler in Deutschland: Wählerelite oder politischer Flugsand?, in: Oskar Niedermayer/Bettina Westle (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation*, Wiesbaden 2000, S. 25ff.

<sup>37</sup> Vgl. Schoen 2003, a.a.O., S. 283ff.

großen zu einer kleinen Partei, erweisen sich unter dem Gesichtspunkt der Machtzuweisung als nachrangig und gewissermaßen als halbe Schritte. In der Bundesrepublik bilden nicht einzelne Parteien die Regierung, sondern Parteienkoalitionen, weshalb hier die Wechsel zwischen (potentiellen) Regierungsbündnissen unter machtpolitischen Gesichtspunkten am schwersten ins Gewicht fallen, während Wechsel innerhalb einer Koalition oder auch zwischen einer Koalition und einer Partei, die nicht in ein Regierungsbündnis eingebunden ist, in dieser Hinsicht weniger wichtig sind. Daher werden in den beiden angelsächsischen Ländern die Wechsel zwischen den großen Parteien und jene von einer großen zu einer kleinen Partei separat untersucht; für die Bundesrepublik werden koalitionsinterne und –übergreifende Parteiwechsel betrachtet; bezogen auf die Bundestagswahl 2002 werden dabei beispielsweise SPD und Grüne einerseits und CDU/CSU und FDP andererseits als potentielle Regierungsbündnisse aufgefasst.<sup>38</sup>

Politische Versiertheit, die eine affektive und eine kognitive Komponente umfasst, wird in Anlehnung an vorliegende Instrumente,<sup>39</sup> mit einem Index operationalisiert, der mit sechs Abstufungen von 0 (keine politische Versiertheit) bis 1 (maximale politische Versiertheit) reicht und sich gleichgewichtig aus dem politischen Interesse und der formalen Bildung zusammensetzt; das Interesse soll eher die affektive Komponente erfassen, die Bildung eher die kognitive.<sup>40</sup> Die Bildung wird in den drei Ländern dreistufig gemessen, ebenso das politische Interesse, das mit Hilfe einer Selbsteinschätzung der Befragten erhoben wird (siehe für Details den Anhang).<sup>41</sup> Da politisches Interesse in vielen Gesellschaften als sozial erwünscht gilt,

---

<sup>38</sup> Die Wechsler werden dabei in den USA und in Großbritannien den Stammwählern der großen Parteien und in der Bundesrepublik den Stammwählern der potentiellen Koalitionen gegenübergestellt. Aus Fallzahlengründen können in den USA die Wechsel von einer großen zu einer kleinen Partei nur 1968, 1980, 1992 und 1996 empirisch untersucht werden. Wegen des Koalitionswechsels der FDP können 1983 Inter- und Intralagerwechsel nicht untersucht werden.

<sup>39</sup> Siehe etwa Dalton, a.a.O., 1984, S. 267.

<sup>40</sup> Mangels geeigneter Indikatoren muss darauf verzichtet werden, politisches Wissen direkt in die Operationalisierung aufzunehmen. Da die formale Bildung jedoch wenigstens mäßig mit politischem Wissen korreliert (siehe etwa Michael X. Delli Carpini/Scott Keeter, *What Americans Know about Politics and Why It Matters*, New Haven 1996, S. 154ff., Jürgen Maier, *Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland*, in: Jürgen W. Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk?*, Opladen 2000, S. 148ff.) und Validierungsanalysen keine wesentlichen Unterschiede in den substantiellen Ergebnissen zwischen der Operationalisierung mit der Bildung und einer Variante mit Wissensitems, ist die Operationalisierung zwar nicht optimal, gefährdet aber nicht die Validität der Befunde (siehe auch Winfried Schulz, *Politische Mobilisierung durch Mediennutzung? Beziehungen zwischen Kommunikationsverhalten, politischer Kompetenz und Partizipationsbereitschaft*, in: Achim Koch/Martina Wasmer/Peter Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2001, S. 183).

<sup>41</sup> In Großbritannien wird politisches Interesse nur in wenigen Wahlumfragen erhoben. Daher wird für die Wahlen 1964, 1966 und 1970 ersatzweise auf das Interesse an der jeweiligen Wahl zurückgegriffen. Dieses Item erfaßt offenkundig nur Interesse an einem Ausschnitt des Gegenstandsbereichs ‚Politik‘ (siehe auch John R. Zaller, *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge 1992, S. 235f.), weshalb die resultierenden Ergebnisse nicht zwingend auf das generelle politische Interesse übertragen werden können. Wie die parallelen Analysen anhand beider Items zur Unterhauswahl 1979 (siehe Tabelle 1) zeigen, sind diese Befürchtungen jedoch unbegründet, da die Resultate für beide Indikatoren praktisch nicht unterscheidbar sind.

neigt dieses Instrument dazu, das politische Interesse zu hoch auszuweisen.<sup>42</sup> Diese Niveaushiftung dürfte jedoch die hier durchgeführte Zusammenhangsanalyse unberührt lassen, da keine empirischen Belege dafür vorliegen, dass Wechsel- und Stammwähler bei objektiv gleichem politischem Interesse in einem Interview systematisch unterschiedliche Angaben zu ihrer politischen Involvierung machen.

#### 4. Empirische Ergebnisse

Um zu prüfen, ob sich Stamm- und Wechselwähler in der politischen Versiertheit unterscheiden, wird die Stabilität des Wahlverhaltens in einer logistischen Regression auf die politische Versiertheit regrediert. Ein positiver Logitkoeffizient zeigt dabei eine überdurchschnittliche politische Versiertheit der Wechselwähler an, während ein negativer Koeffizient für einen Kompetenzrückstand der Parteiwechsler im Vergleich zu ihren stabil wählenden Pendanten spricht.

Betrachtet man zunächst die Ergebnisse zu den Wechselwählern insgesamt, sind die Ähnlichkeiten zu den Stammwählern unübersehbar (siehe Tabelle 1 bis 3). In Großbritannien sind nur in zwei Fällen statistisch signifikante Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern festzustellen, nämlich bei den beiden Wahlen des Jahres 1974, und sie bestehen darin, dass Wechselwähler politisch weniger kompetent sind als die Stammwähler. In den USA lassen sich bei den Wahlen 1968, 1972, 1980 und 2000 ebenfalls statistisch signifikante negative Effekte der politischen Versiertheit auf die Wechselaktivität erkennen. In Westdeutschland sind dagegen mit Ausnahme der Jahre 1980 und 2002 signifikante positive Logitkoeffizienten vorzufinden. Während also in den beiden angelsächsischen Demokratien die Wechselwähler tendenziell politisch weniger kompetent sind als die Stammwähler, übertreffen die deutschen Wechsler ihre stabil wählenden Pendanten an politischer Versiertheit. Somit können allenfalls die bundesdeutschen Wechsler als Wählerelite gelten, die Wechsler in den USA und in Großbritannien erscheinen hingegen eher als politisch unbedarfter als ihre stabil wählenden Pendanten.

Allerdings sollte man diese Charakterisierungen lediglich als Tendenzaussage lesen. Denn die Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern sind in jedem Fall ausgesprochen klein. Nimmt man die anhand von Pseudo-R<sup>2</sup> gemessene Devianzreduktion, die stets unter der Zwei-Prozent-Marke bleibt, zum Maßstab, können die Differenzen als praktisch irrelevant

---

<sup>42</sup> Siehe etwa Jan W. van Deth, *Interest in Politics*, in: M. Kent Jennings u.a., *Continuities in Political Action*, Berlin 1990, S. 281ff.

betrachtet werden. Daher heißt es, die empirische Evidenz nur leicht zu vergrößern, wenn man Stamm- und Wechselwählern gleich große politische Versiertheit zuerkennt.

Tabelle 1: Die Wirkung politischer Versiertheit auf die Wechselaktivität in Großbritannien 1964-2001 (logistische Regression)

	Konstante	Logit- koeffizient	Standard- fehler	-2 LL	Modell- $\chi^2$	Pseudo-R <sup>2</sup>	N
<i>alle Wechsel</i>							
1964#	-1.65***	-.31	.32	1050.3	0.9	0.1	1257
1966#	-2.10***	-.28	.37	912.5	0.6	0.1	1396
1970#	-1.89***	-.32	.36	808.0	0.8	0.1	967
Feb. 1974	-1.15***	-.51*	.25	1727.6	4.1*	0.2	1664
Okt. 1974	-1.49***	-.67*	.27	1513.4	6.2*	0.4	1754
1979	-1.47***	.19	.28	1297.1	0.5	0.0	1310
1979#	-1.54***	.36	.28	1297.1	1.6	0.1	1310
1997	-1.19***	.21	.17	2072.1	1.4	0.1	1828
2001	-1.40***	.47	.24	1532.6	3.7	0.2	1391
<i>Wechsel zwischen Conservative Party und Labour Party</i>							
1964#	-2.53***	-.27	.49	548.5	0.3	0.1	1102
1966#	-2.94***	-.84	.63	409.7	1.8	0.4	1236
1970#	-2.35***	-.04	.50	496.6	0.0	0.0	848
Feb. 1974	-2.16***	-1.27**	.48	707.3	7.6**	1.1	1314
Okt. 1974	-3.31***	-.37	.67	355.1	0.3	0.1	1266
1979	-2.16***	-.48	.45	635.7	1.1	0.2	1040
1979#	-2.27***	-.07	.44	635.7	0.0	0.0	1040
1997	-1.92***	-.29	.28	948.3	1.1	0.1	1349
2001	-2.23***	-.24	.44	588.8	0.3	0.1	991
<i>Wechsel von großen zu kleinen Parteien</i>							
1964#	-2.42***	-.17	.45	607.2	0.2	0.0	1113
1966#	-3.38***	.55	.60	411.0	0.9	0.2	1236
1970#	-3.53***	1.26	.66	314.9	3.7	1.2	814
Feb. 1974	-1.60***	-.28	.31	1247.9	0.9	0.1	1439
Okt. 1974	-2.37***	.00	.40	784.8	0.0	0.0	1341
1979	-2.71***	.72	.46	561.7	2.5	0.4	1025
1979#	-2.71***	.66	.47	561.7	2.0	0.4	1025
1997	-2.08***	.54*	.25	1149.4	4.8*	0.4	1397
2001	-2.25***	1.11**	.33	945.8	11.8**	1.2	1076

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . #: Interesse an der Wahl

Betrachtet man die Wechsler zwischen potentiellen alternativen Regierungen, ergeben sich für die drei Länder ähnliche Befunde. In den beiden angelsächsischen Demokratien heben sich die Wechsler zwischen den beiden großen Parteien von den Wählern, die einer der beiden großen Parteien die Treue halten, tendenziell negativ ab. Die deutschen Wähler, die zwischen potentiellen Regierungskoalitionen wechseln, unterscheiden sich von deren Stammwählern – anders als im Falle der Stamm- und Wechselwähler insgesamt – nicht signifikant positiv, sondern in der Regel überhaupt nicht, in einigen Fällen sogar tendenziell negativ. Demnach treffen in den drei Ländern die Wechsler zwischen den großen Parteien bzw. den potentiellen Koalitionen zwar für die politische Machtverteilung ausgesprochen weitreichende Entscheidungen, doch besitzen sie nur eine schwach ausgebildete politische Kompetenz und sind daher im Vergleich zu anderen Wählergruppen nur bedingt in der Lage, eigenständig fundierte politische Urteile zu entwickeln, weshalb sie relativ leicht oberflächlicher Parteipropaganda

zum Opfer fallen können. Falls dieses Etikett – angesichts der geringfügigen Unterschiede – überhaupt für eine Wechslergruppe angebracht ist, können daher die Wechsler zwischen potentiellen Regierungen als der sprichwörtliche „politische Flugsand“<sup>43</sup> gelten, der von politischen Stimmungen bald hierhin und bald dorthin getragen wird.

Tabelle 2: Die Wirkung politischer Versiertheit auf die Wechselaktivität in den USA 1960-2000 (logistische Regression)

	Konstante	Logit- koeffizient	Standard- fehler	-2 LL	Modell- $\chi^2$	Pseudo-R <sup>2</sup>	N
<i>alle Wechsel</i>							
1960	-1.48***	.08	.28	1159.8	0.1	0.0	1190
1964	-1.69***	.34	.30	889.3	1.3	0.1	934
1968	-.52***	-.42*	.18	2009.8	5.6*	0.3	1605
1972	-.65***	-.53*	.23	1397.4	5.4*	0.4	1190
1976	-.83***	-.42	.23	1491.7	3.4	0.2	1331
1980	-1.11***	.30	.29	920.2	1.1	0.1	771
1988	-1.28***	-.66*	.32	892.4	4.4*	0.5	1028
1992	-.39*	-.37	.24	1553.7	2.3	0.1	1205
1996	-.84***	-.57	.31	1101.6	3.4	0.3	1021
2000	-.46*	-1.29***	.32	943.4	16.1***	1.7	888
<i>Wechsel zwischen Demokraten und Republikanern</i>							
1960	-1.50***	.04	.28	1133.1	0.0	0.0	1182
1964	-1.70***	.31	.30	872.1	1.0	0.1	929
1968	-.86***	-.50*	.21	1598.9	6.0*	0.4	1443
1972	-1.28***	-.32	.27	1016.2	1.3	0.1	1056
1976	-.87***	-.63*	.24	1338.5	6.7*	0.5	1276
1980	-1.24***	-.15	.33	715.4	0.2	0.0	697
1988	-1.38***	-.73*	.34	806.9	4.8*	0.6	1002
1992	-.92***	-.74*	.31	977.4	5.7*	0.5	982
1996	-1.37***	-1.13*	.45	573.3	6.3*	1.1	827
2000	-1.15***	-1.82***	.49	484.2	14.1***	2.9	760
<i>Wechsel von Demokraten und Republikanern zu Drittkandidaten</i>							
1968	-1.76***	-.33	.28	940.7	1.4	0.1	1249
1980	-2.68***	.86	.49	415.2	3.1	0.7	616
1992	-1.30***	-.05	.31	1022.0	0.0	0.0	996
1996	-2.60***	-.83	.75	266.0	1.2	0.5	768

Signifikanzniveaus: \*, p < 0.05, \*\*, p < 0.01, \*\*\*, p < 0.001.

Ein merklich anderes Profil weisen die Wechselwähler auf, die nur ‚halbe‘ Schritte vollziehen. In den USA unterscheiden sich Wähler, die von Demokraten oder Republikanern zu einer kleinen dritten Partei wechseln, tendenziell weniger negativ von demokratischen und republikanischen Stammwählern als die Wechsler zwischen den beiden großen Parteien. Die britischen Wechsler von Labour oder Konservativen zu einer dritten Partei erweisen sich in der Regel als tendenziell kompetenter in politischen Fragen als die Stammwähler der großen Parteien. Und die bundesdeutschen Intralagerwechsler schneiden sogar – mit Ausnahme der Jahre 1980 und 1994 – signifikant besser ab als die Stammwähler der jeweiligen potentiellen Koalitionsparteien. Gerade die Wechsler, die sich nur für einen ‚halben‘ Schritt entscheiden und damit die Zuweisung der Regierungsmacht weniger unmittelbar beeinflussen, fallen also

<sup>43</sup> Heinz Kienzl, Die Struktur der österreichischen Wählerschaft, in: Karl Blecha/Rupert Gmoser/Heinz Kienzl (Hrsg.), Der durchleuchtete Wähler, Wien 1964, S. 38.

mit einer vergleichsweise großen politischen Versiertheit auf und scheinen eher eine bewusste, informierte und fundierte Wechselentscheidung zu treffen, als dass sie zufällig und unbeacht zwischen den verschiedenen politischen Angeboten hin- und herpendeln. Auch wenn man sich der Geringfügigkeit der Unterschiede zwischen den Wechseltypen bewusst ist, könnte man daher diese Wechsler – und angesichts der relativ hohen Devianzreduktion vor allem die deutschen Intralagerwechsler – als Wechslerelite bezeichnen.

Tabelle 3: Die Wirkung politischer Versiertheit auf die Wechselaktivität in Westdeutschland 1972-2002 (logistische Regression)

	Konstante	Logit- koeffizient	Standard- fehler	-2 LL	Modell- $\chi^2$	Pseudo-R <sup>2</sup>	N
<i>alle Wechsel</i>							
1972	-2.30***	.80*	.34	894.6	5.5*	0.6	1191
1976	-2.67***	.62***	.18	1080.1	11.9***	1.1	1475
1980	-2.14***	.50	.34	864.2	2.2	0.3	1132
1983	-2.12***	1.03***	.30	926.2	11.4***	1.2	1042
1987	-2.13***	.68*	.30	1090.1	5.1*	0.5	1334
1990	-2.62***	1.27***	.31	987.1	16.7***	1.7	1276
1994	-2.08***	.71*	.29	1162.4	6.2*	0.5	1319
1998	-1.87***	.66**	.25	1460.9	7.2**	0.5	1502
2002	-1.49***	.34	.25	1503.2	1.9	0.1	1423
<i>Intralagerwechsel</i>							
1972	-3.68***	2.23***	.59	343.0	14.3***	4.2	673
1976	-4.36***	1.37***	.33	321.1	15.9***	5.0	716
1980	-3.07***	1.12	.58	322.3	3.6	1.1	622
1987	-3.71***	1.73**	.65	277.0	7.2**	2.6	616
1990	-4.16***	1.93***	.52	442.5	14.2***	3.2	1163
1994	-3.12***	.80	.45	570.5	3.3	0.6	1160
1998	-3.86***	1.92***	.43	680.9	21.6***	3.2	1304
2002	-2.95***	1.14**	.38	804.6	9.4**	1.2	1218
<i>Interlagerwechsel</i>							
1972	-2.46***	.08	.43	637.7	0.0	0.0	1129
1976	-2.64***	.30	.21	856.5	2.0	0.2	1418
1980	-2.27***	-.64	.48	560.9	1.9	0.3	1064
1987	-2.43***	.10	.42	689.2	0.1	0.0	1190
1990	-3.05***	.64	.45	556.4	2.1	0.4	1183
1994	-2.73***	.63	.39	700.4	2.5	0.4	1185
1998	-2.01***	-.23	.33	901.8	0.5	0.1	1350
2002	-1.74***	-.39	.34	915.7	1.3	0.1	1243

Signifikanzniveaus: \*,  $p < 0.05$ , \*\*,  $p < 0.01$ , \*\*\*,  $p < 0.001$ .

Diese Unterscheidungen dürfen indessen nicht über den zentralen Befund hinwegtäuschen: In den betrachteten Demokratien fallen die empirisch durchaus nachweisbaren Differenzen zwischen Wechsel- und Stammwählern in der politischen Versiertheit praktisch kaum ins Gewicht, und zwar auch dann, wenn man Wählersubgruppen betrachtet. Insofern unterstützt die empirische Analyse das Fazit, das auf der Basis der vorliegenden Literatur gezogen wurde: Wechselwähler sind weder eine homogene Wählerelite noch eine Ansammlung politischer Ignoranten, sondern setzen sich wie die Stammwähler aus Bürgern mit den unterschiedlichsten Graden politischer Versiertheit zusammen und unterscheiden sich daher, insgesamt betrachtet, in der politischen Kompetenz nicht erheblich von den parteitreuen Wählern. Falls die parteipolitischen Eliten bei der Konzeption ihrer Strategien tatsächlich ihr Augenmerk ver-

stärkt auf die Parteiwechsler richten, ist daher nicht damit zu rechnen, dass der politische Wettbewerb wegen der Wechselwähler einen anderen Charakter gewinnt, als wenn Parteien und Kandidaten die Wechsler vollkommen außer Acht ließen.

Der Befund durchgängig praktisch bedeutungsloser Unterschiede zwischen Stamm- und Wechselwählern bedeutet zugleich, dass sich das Kompetenzprofil der Parteiwechsler über die Zeit kaum verändert hat. In jedem Fall hat es sich aber nicht so entwickelt, wie es die jüngere Dealignment-Interpretation prognostiziert, ja, diese optimistische Lesart wird nicht einmal in Ansätzen bestätigt. Zu einem Teil muss man dies natürlich darauf zurückführen, dass empirisch – anders als in der Hypothese unterstellt – neben der Parteiidentifikation andere Größen die Wechselwahlentscheidung beeinflussen. Jedoch ist das nur die halbe Wahrheit. Denn auch die zweite Annahme hinter der Hypothese trifft nicht zu: Die Beziehung zwischen politischer Versiertheit und der Parteiidentifikation ist nicht dem systematischen Wandel unterworfen, den die Verfechter dieser Dealignment-Interpretation unterstellen: Parteilose sollten zunehmend höhere politische Kompetenz aufweisen, so dass sich der anfangs positive Zusammenhang zwischen Parteiidentifikation und politischer Versiertheit abschwächen und sogar umkehren sollte. Tatsächlich jedoch nimmt in den drei Demokratien – abgesehen von einigen unmaßgeblichen Einzelfällen – mit der Intensität der Parteibindung die politische Versiertheit leicht zu, und die positive Korrelation schwächt sich über die Zeit nicht einmal im Ansatz ab, eher kann von weitgehender Konstanz die Rede sein (siehe Tabelle 4). Selbst wenn also die Stabilität des Wahlverhaltens vollständig von der Stärke der Parteiidentifikation determiniert würde, könnte nicht der von der funktional argumentierenden Dealignmentthese prognostizierte Trend des Wechselwählerprofils resultieren.

Tabelle 4: Korrelation der Intensität der Parteiidentifikation mit der politischen Versiertheit (Pearsons r)

Land	Jahr										
		1964	1966	1970	2/1974	10/1974	1979		1997	2001	
<i>Großbritannien</i>											
r		.13***	.14***	.18***	.07**	.03	.07**		.18***	.11***	
N		1498	1729	1179	2206	2162	1685		3197	2157	
<i>USA</i>	1960	1964	1968	1972	1976	1980	1988	1992	1996	2000	
r		.00	-.00	-.11***	-.03	.03	.04	.09***	.09***	.17***	.11***
N		1394	1073	1251	914	1997	1096	1575	1863	739	1511
<i>Westdeutschland</i>											
r		.17***	.17***	.19***	.17***	.20***	.23***	.19***	.18***	.19***	
N		1239	1408	1105	1081	1339	799	1641	1844	1923	

Signifikanzniveaus: \*:  $p < 0.05$ , \*\*:  $p < 0.01$ , \*\*\*:  $p < 0.001$ . Anmerkung: Die Variablen wurden folgendermaßen codiert: Parteiidentifikation: 0: keine Parteiidentifikation, 0,5: schwache Parteiidentifikation, 1: starke Parteiidentifikation; politische Versiertheit: 0: minimal; 1: maximal. Die Parteiidentifikation wird mit den Standardinstrumenten gemessen.

Da die politische Versiertheit unter den Parteilosen in keiner der betrachteten Demokratien überproportional anwächst, keimen ernsthafte Zweifel an der Behauptung, die Beziehung

zwischen der Parteiidentifikation und der politischen Kompetenz habe einen Wandel durchlaufen; eher scheint es, als habe die kognitive Mobilisierung Parteilose und Parteianhänger gleichermaßen erfasst.<sup>44</sup> Unmittelbar daraus erwachsen wiederum Einwände dagegen, die funktionale Argumentation als allgemeingültiges Modell zu verwenden, um den Erwerb und die Entwicklung von Parteibindungen für weite Bevölkerungskreise zu erklären; die empirische Evidenz spricht eher dafür, die politische Komplexitätsreduktion zwar als ganz wesentliche individual-psychologische Entlastungsfunktion einer Parteiidentifikation aufzufassen, sie aber nicht ursächlich für den Erwerb einer affektiven Parteibindung verantwortlich zu machen. Hier scheint die klassische Argumentation, die Parteiloyalitäten in einer frühen Phase der politischen Sozialisation vermittelt sieht, besser geeignet, auch wenn sie der Realität nicht vollends gerecht werden kann.

## 5. Schluss

Der vorliegende Aufsatz ging der Frage nach, inwieweit sich in den USA, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland Wechselwähler in der politischen Versiertheit von den Stammwählern unterscheiden. Empirisch konnten in den betrachteten Demokratien durchaus statistisch signifikante Unterschiede nachgewiesen werden, die die deutschen Wechsler eher als kompetenter als ihre stabil wählenden Pendanten erscheinen lassen, während für die amerikanischen und britischen Wechselwähler eher das Gegenteil gilt. Zudem wurden Unterschiede zwischen Typen von Parteiwechslern festgestellt: Wechsler zwischen potentiellen Regierungen – bestehen diese aus einzelnen Parteien oder Parteienkoalitionen – zeichnen sich durch eine vergleichsweise geringe politische Kompetenz aus, während die Wechsler, die sich für ‚halbe‘ Schritte innerhalb einer Koalition oder von einer potentiellen Regierungspartei zu einer anderen Partei entscheiden, politisch eher überdurchschnittlich versiert sind. Dieser demokratiethoretisch durchaus bedenkliche Befund – Bürger, die besonders weitreichende Entscheidungen treffen, sind politisch eher wenig kompetent – wird jedoch dadurch gemildert, dass sämtliche gemessenen Unterschiede praktisch kaum ins Gewicht fallen: Man kann davon ausgehen, dass parteitreue und wechselhaft wählende Bürger sich in der politischen Kompetenz nicht unterscheiden. Daher hat die politische Elite, so ihr denn das Entscheidungsverhalten der Wechselwähler als ein maßgebliches Kriterium bei der Gestaltung politi-

---

<sup>44</sup> Siehe auch Jürgen W. Falter/Harald Schoen/Claudio Caballero, Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts ‚Parteiidentifikation‘ in der Bundesrepublik, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung, Wiesbaden 2000, S. 250ff., Rüdiger Schmitt-Beck/Stefan Weick, Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos?, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 26. Jg. (2001), S. 4f.



scher Kommunikation dient, keinen Anreiz, wegen der Parteiwechsler eine qualitativ andere politische Auseinandersetzung zu führen als allein für die Stammwähler. Wechselwähler taugen also weder als Hoffnungsträger für den demokratischen Wettbewerb, noch ist in ihnen eine ernsthafte Gefahr für eine niveauvolle politische Debatte zu sehen. Insgesamt empfiehlt sich daher eine gelassene Haltung gegenüber den Wechselwählern und ihren Wirkungen auf das inhaltliche Niveau des politischen Wettbewerbs, zumal sich daran auch über die Zeit nichts Wesentliches geändert hat und in Zukunft ändern dürfte.

Die vorliegende Analyse konnte eine Reihe von Fragen beantworten, weist aber zugleich auf neue hin. Beispielsweise könnte man künftig untersuchen, ob diese Muster nur in den hier betrachteten Demokratien oder auch in anderen politischen Systemen gelten; als besonders interessant könnte sich dabei ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland erweisen. Nachdem gezeigt worden ist, dass sich Stamm- und Wechselwähler in der politischen Versiertheit praktisch nicht unterscheiden, erscheint es aber auch angebracht, nach anderen Faktoren zu suchen, die erklären können, warum die eine Gruppe zwischen zwei Wahlen die Parteifarben wechseln, während die anderen ihre Entscheidung beibehalten. Dies erscheint um so lohnender, als man auf diese Weise die Dynamik des Wählerverhaltens und des politischen Wettbewerbs besser verstehen lernte.

## Anhang

### Verwendete Datensätze

USA: Es wurden die jeweiligen National Election Studies verwendet (siehe für nähere Informationen <http://www.icpsr.umich.edu/cgi/subject/prl?path=ICPSR&query=XIVA2a>)

Großbritannien: Es wurden die Datensätze mit folgenden Studiennummern vom Datenarchiv in Essex zur Verfügung gestellt: 044, 359, 422, 666, 1533, 2005, 2568, 2981, 3887, 4620 (siehe für weitere Informationen <http://www.data-archive.ac.uk/findingData/besTitles.asp>)

Westdeutschland: Vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung wurden die Bundestagswahlstudien mit folgenden Studiennummern zur Verfügung gestellt: 0635, 0823, 1053, 1276, 1537, 1919, 3064, 3861 (siehe für weitere Informationen [http://www.gesis.org/Datenservice/Wahlstudien/Btw/dnw\\_studien.htm](http://www.gesis.org/Datenservice/Wahlstudien/Btw/dnw_studien.htm)).

Weder die Primärforscher noch die Datenarchive tragen irgendeine Verantwortung für die Analyse oder die Interpretation der Daten in diesem Beitrag.

### Operationalisierung der politischen Versiertheit

*Politische Versiertheit* = (Formale Bildung + politisches Interesse)/2

#### USA

##### *Interesse an Politik*

1960: „We'd also like to know how much attention you pay to what's going on in politics generally. I mean from day to day, when there isn't any big election campaign going on, would you say you follow politics very closely, fairly closely, or not much at all?“

ab 1964: „Some people seem to follow (1964: think about) what's going on in government and public affairs most of the time, whether there's an election going on or not. Others aren't that interested. Would you say you follow what's going on in government and public affairs most of the time, some of the time, only now and then, or hardly at all?“ 0: „Hardly at all“ (1960: not much at all) oder „Only now and then“; 0,5: Some of the time (1960: fairly closely); 1: Most of the time (1960: very closely)

##### *Formale Bildung*

1952-1972: „How many grades of school did you finish?“; ab 1976: „What is the highest grade of school or year of college you have completed?“; Codierung: 0: Grade school or less (0-8 grades); 0,5: High school (12 grades or fewer, incl. non-college training if applicable); 1: „Some College (13 grades or more but no degree)“ oder „College or advanced degree“

#### Großbritannien

##### *Interesse an Politik / Interesse am Wahlkampf*

1964, 1966, 1970: „How much interest did you have in the campaign – a good deal, some, or not much?“ 0: not much; 0,5: some; 1: a good deal.

Feb. 1974, Okt. 1974, 1979: „How much interest would you say you take in politics – a great deal, some, not much, or none at all?“ 0: none at all, not much; 0,5: some; 1: a great deal

1979: „How closely did you follow the General Election campaign on television or in the newspapers or on the radio – very closely, fairly closely, not very closely, or hardly at all?“

0: not at all, not very closely; 0,5: fairly closely; 1: very closely.

1983, 1987, 1992: nicht erhoben

1997, 2001: „How much interest do you generally have in what is going on in politics?“

0 „none at all“ + „not very much“; 0,5: „some“; 1: „quite a lot“ + „a great deal“.

##### *Formale Bildung*

Mit geringfügigen Variationen wurde folgende Frage verwendet: „Can you tell me how old were when you left school?“ (nur 1964, 1966, 1970)

1974, 1979: „How old were you when left school?“

1983: „How old were you when you left school (or 6<sup>th</sup> form college)?“  
1987 bis 2001: „How old were you when you completed your continuous full-time education?“  
0: niedrig (bis 15 Jahre); 0,5: mittel (16 oder 17 Jahre); 1: hoch (ab 18 Jahre).

Bundesrepublik Deutschland

*Politisches Interesse*

1972, 1976, 1980, 1983, 1987, 1990: Einmal ganz allgemein gesprochen – interessieren Sie sich für Politik?“ 0: gar nicht; 0,5: nicht besonders, 1: ja

1994 bis 2002: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Würden Sie sagen sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

Codierung: 0: „überhaupt nicht“ oder „weniger stark“; 0,5: „mittelmäßig“; 1: „ziemlich stark“ oder „sehr stark“.

*Formale Bildung*: 0: maximal Hauptschulabschluß; 0,5: Mittlere Reife; 1: (Fach-)Hochschulreife

**Anhang zu dem Beitrag „Wechselwähler in den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland: Politisch versiert oder ignorant?“ in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 35. Jg., 2004, S. 99-112.**

### **Operationalisierung politischer Versiertheit**

*Politische Versiertheit* = (Formale Bildung + politisches Interesse)/2

### **USA**

#### *Interesse an Politik*

1960: „We'd also like to know how much attention you pay to what's going on in politics generally. I mean from day to day, when there isn't any big election campaign going on, would you say you follow politics very closely, fairly closely, or not much at all?“

ab 1964: „Some people seem to follow (1964: think about) what's going on in government and public affairs most of the time, whether there's an election going on or not. Others aren't that interested. Would you say you follow what's going on in government and public affairs most of the time, some of the time, only now and then, or hardly at all?“ 0: „Hardly at all“ (1960: not much at all) oder „Only now and then“; 0,5: Some of the time (1960: fairly closely); 1: Most of the time (1960: very closely)

#### *Formale Bildung*

1952-1972: „How many grades of school did you finish?“; ab 1976: „What is the highest grade of school or year of college you have completed?“; Codierung: 0: Grade school or less (0-8 grades); 0,5: High school (12 grades or fewer, incl. non-college training if applicable); 1: „Some College (13 grades or more but no degree)“ oder „College or advanced degree“

### **Großbritannien**

#### *Interesse an Politik / Interesse am Wahlkampf*

1964, 1966, 1970: „How much interest did you have in the campaign – a good deal, some, or not much?“ 0: not much; 0,5: some; 1: a good deal.

Feb. 1974, Okt. 1974, 1979: „How much interest would you say you take in politics – a great deal, some, not much, or none at all?“ 0: none at all, not much; 0,5: some; 1: a great deal

1979: „How closely did you follow the General Election campaign on television or in the newspapers or on the radio – very closely, fairly closely, not very closely, or hardly at all?“

0: not at all, not very closely; 0,5: fairly closely; 1: very closely.

1983, 1987, 1992: nicht erhoben

1997, 2001: „How much interest do you generally have in what is going on in politics?“

0 „none at all“ + „not very much“; 0,5: „some“; 1: „quite a lot“ + „a great deal“.

#### *Formale Bildung*

Mit geringfügigen Variationen wurde folgende Frage verwendet: „Can you tell me how old were when you left school?“ (nur 1964, 1966, 1970)

1974, 1979: „How old were you when left school?“

1983: „How old were you when you left school (or 6<sup>th</sup> form college)?“

1987 bis 2001: „How old were you when you completed your continuous full-time education?“

0: niedrig (bis 15 Jahre); 0,5: mittel (16 oder 17 Jahre); 1: hoch (ab 18 Jahre).

### **Bundesrepublik Deutschland**

#### *Politisches Interesse*

1972, 1976, 1980, 1983, 1987, 1990: Einmal ganz allgemein gesprochen – interessieren Sie sich für Politik?“ 0: gar nicht; 0,5: nicht besonders, 1: ja

1994 bis 2002: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Würden Sie sagen sehr stark, ziemlich stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

Codierung: 0: „überhaupt nicht“ oder „weniger stark“; 0,5: „mittelmäßig“; 1: „ziemlich stark“ oder „sehr stark“.

*Formale Bildung*: 0: maximal Hauptschulabschluß; 0,5: Mittlere Reife; 1: (Fach-)Hochschulreife